



Energiewende-Barometer 2024 der IHK-Organisation

Ergebnisse der
Unternehmensumfrage für Hessen



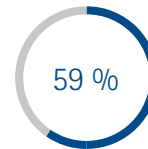
Hessischer Industrie-
und Handelskammertag

#GemeinsamFürHessensWirtschaft

Das Wichtigste in Kürze

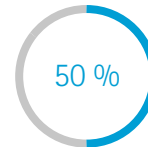
Negative Auswirkungen der Energiewende auf hessische Industriebetriebe

Die Energiewende wirkt sich weiterhin für 59 Prozent der hessischen Industriebetriebe negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit aus. Dieser Anteil bleibt im Vergleich zum Vorjahr unverändert.



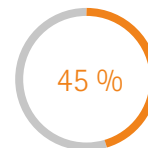
Steigende Energiepreise belasten über die Hälfte der Unternehmen

Mehr als 50 Prozent der Unternehmen haben in den letzten 12 Monaten weitere Preissteigerungen bei Strom, Wärme sowie Kraftstoffen für den Transport verzeichnet. Etwa ein Viertel der Unternehmen berichtet, dass die Preise auf einem hohen Niveau verharren.



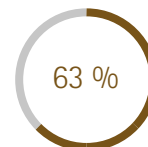
Verlust der Wettbewerbsfähigkeit durch hohe Energiepreise

Der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland wird von 45 Prozent der Unternehmen in Hessen als Folge der anhaltend hohen Energiepreise prognostiziert. Die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen wird unter anderem dadurch beeinträchtigt, dass 30 Prozent der Unternehmen gezwungen sind, Investitionen in zentrale Geschäftsprozesse zurückzustellen.



Fehlende Planbarkeit als größtes Hindernis für mehr Klimaschutz

„Fehlende Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Energiepolitik“ werden von den Betrieben als größtes Transformationshemmnis wahrgenommen. Mehr als 63 Prozent der Unternehmen in Hessen fühlen sich durch diese Unsicherheiten ausgebrems.



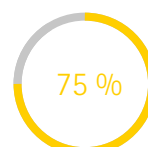
Forderungen nach besseren Rahmenbedingungen für Eigenversorgung und Direktlieferverträge

90 Prozent der Unternehmen in Hessen fordern eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Eigenversorgung und Direktlieferverträge im Strombereich. Um den Anteil an Grünstrom zu erhöhen, sind für viele Unternehmen Eigenversorgungsanlagen und Direktstromlieferverträge wesentliche Bausteine, deren Rahmenbedingungen optimiert werden sollten.



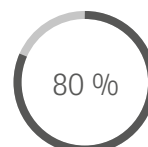
Forderung nach Senkung der Steuern und Abgaben auf den Strompreis

Mehr als drei Viertel der Unternehmen sprechen sich für eine Senkung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis aus. Langfristig verfestigen sich die Strompreise im internationalen Vergleich auf einem hohen Niveau. Insbesondere die stetig steigenden Stromnetzentgelte sollten beispielsweise durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt gesenkt werden.



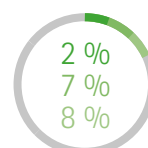
Engpässe bei Übertragungs- und Verteilnetzen als wachsendes Problem

Über 80 Prozent der Unternehmen in Hessen nehmen Engpässe bei den Übertragungs- und Verteilnetzen im Strombereich als zunehmendes Problem wahr. Mit der fortschreitenden Elektrifizierung der Mobilität werden diese Engpässe bereits heute spürbar. In einigen Regionen können die Versorger den Anschluss von Ladepunkten nicht realisieren, da das Netz die zusätzliche Belastung nicht „verkräftet“.



Verlagerung der Produktion und Einschränkung der Inlandsproduktion

Der seit Jahren schleichende Trend zur Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland beziehungsweise zur Einschränkung der Produktion im Inland nimmt nun erheblich an Fahrt auf: Bereits knapp 2 Prozent der Unternehmen haben entsprechende Maßnahmen umgesetzt, weitere knapp 7 Prozent haben diese eingeleitet, und 8 Prozent der Unternehmen in Hessen planen entsprechende Schritte. Insgesamt sind es mehr als 40 Prozent der Industriebetriebe in Hessen, die die Verlagerung der Produktion ins Ausland / Einschränkung der Produktion im Inland verfolgen!



Energiewende-Barometer 2024 der IHK-Organisation

Eine Unternehmensumfrage zur Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz

Im jährlichen „Energiewende-Barometer der IHK-Organisation“ werden die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung zusammengefasst, an der Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation teilgenommen haben. Ziel des Energiewende-Barometers ist es, eine fundierte Bewertung der aktuellen Klima- und Energiewendepolitik sowie der Auswirkungen der Energiewende aus Sicht der Unternehmen zu erhalten.

Die Grundlage der Auswertung bilden bundesweit 3.283 eingegangene Antworten aus den Branchen Industrie, Bauwirtschaft, Handel und Dienstleistungen. Aus Hessen beteiligten sich 233 Betriebe an der Umfrage, darunter 94 Industrieunternehmen.

Die IHKs gestalten ihre Befragung so, dass ein repräsentatives Stimmungsbild der gewerblichen Wirtschaft vor Ort abgebildet wird. Dies erfolgt durch eine gezielte Unternehmensansprache, die branchen-, regionen- sowie unternehmensgrößenbezogen differenziert ist, etwa über Vollversammlungsmitglieder. Die Aggregation auf Bundesebene erfolgt durch eine regionale und branchenbezogene Gewichtung, die auf den Beschäftigtenzahlen der jeweiligen Regionen basiert. Alle in den Auswertungen dargestellten Daten sind demnach gewichtet.

Durch die Rundung summieren sich Prozentwerte ggf. nicht immer auf 100 Prozent. Dadurch kann der Wert insgesamt 100 Prozent über- oder unterschreiten.

Die Befragung wurde vom 10. bis zum 30. Juni 2024 durchgeführt.

Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit: Hessisches Meinungsbild bleibt überwiegend negativ

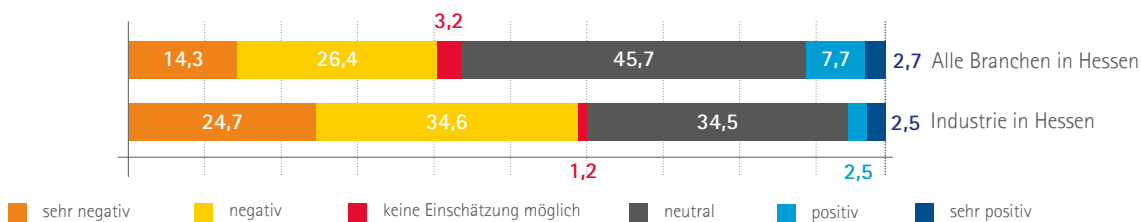
Die zentrale Frage des IHK-Energiebarometers lautet: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?

Bundesweit bewerten 44 Prozent der Unternehmen, unabhängig von Branche, Betriebsgröße und Region, die Auswirkungen der Energiewende als „negativ“ oder „sehr negativ“.

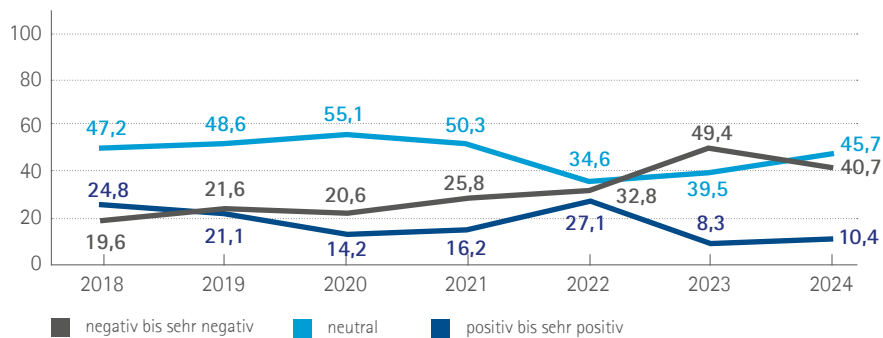
In Hessen liegt der Anteil der Betriebe, die negative oder sehr negative Auswirkungen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit infolge der Energiewende melden, bei 40,7 Prozent. Dies stellt einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr dar, als die entsprechenden Werte auf Bundes- und Landesebene bei 48 Prozent beziehungsweise 49 Prozent lagen.

Für hessische Industriebetriebe bleibt der Anteil derjenigen, die negative oder sehr negative Auswirkungen angeben, jedoch unverändert hoch bei 59 Prozent.

Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens



Barometerwerte im Zeitverlauf (2018–2024)

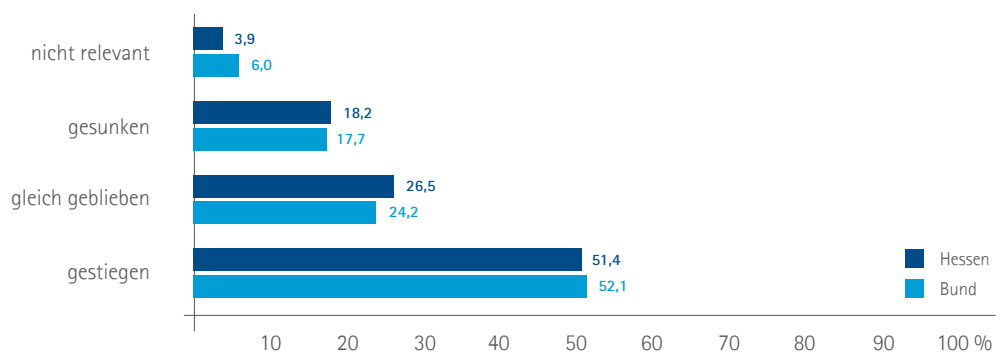


Auswirkungen der Energiepreise

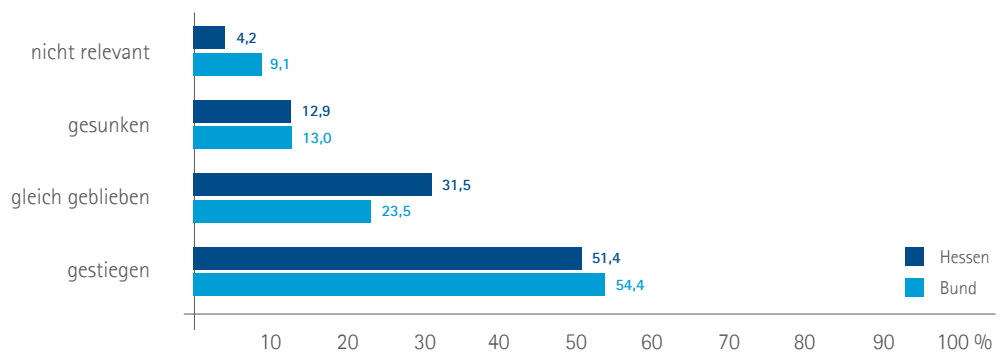
Anhaltend hohe Energiepreise verhindern Investitionen

Mehr als 50 Prozent der Unternehmen haben in den letzten 12 Monaten zusätzliche Preissteigerungen bei Strom, Wärme und Kraftstoffen für den Transport erfahren. Etwa ein Viertel der Unternehmen gibt an, dass die Preise auf einem hohen Niveau stabil bleiben. Nur knapp 20 Prozent der Unternehmen berichten von gesunkenen Strompreisen, 13 Prozent von gesunkenen Gaspreisen und 8 Prozent von gesunkenen Kraftstoffpreisen. Die Strompreise in Deutschland bewegen sich im internationalen Vergleich auf einem ohnehin hohen Niveau.

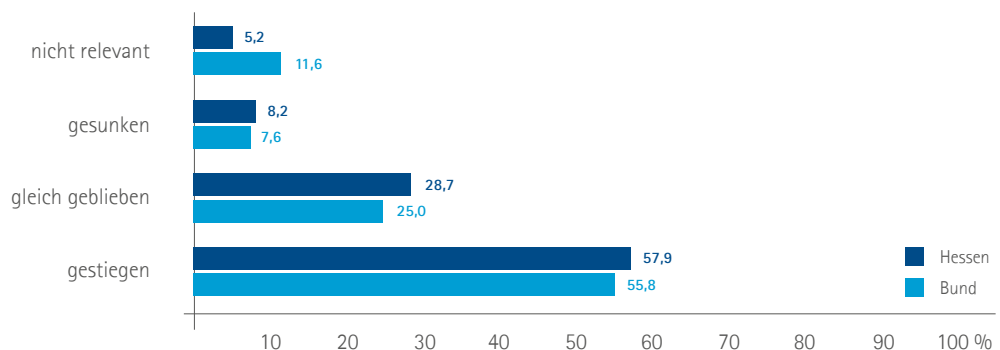
Entwicklung der Strompreise in den letzten 12 Monaten



Entwicklung der Energiepreise für Wärme (Gas, Fernwärme, Heizöl) in den letzten 12 Monaten

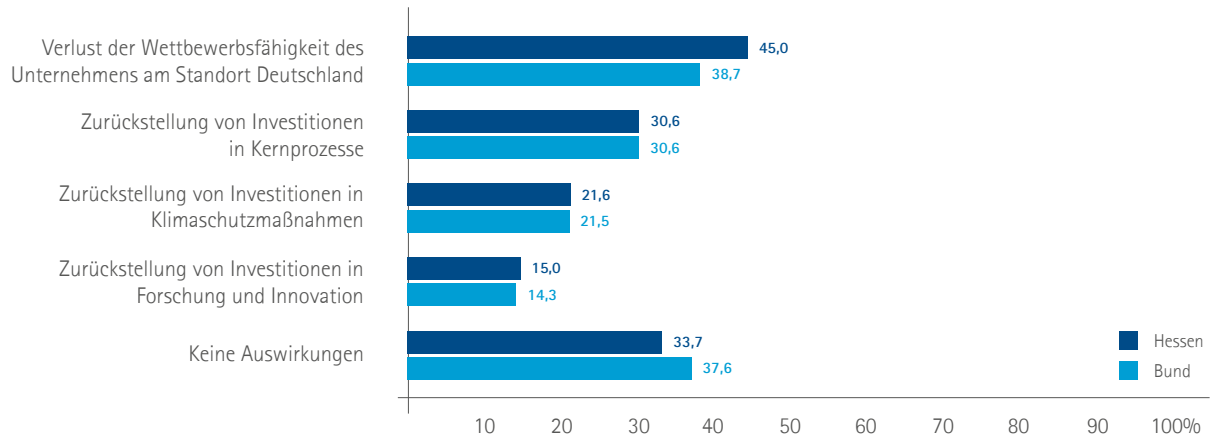


Entwicklung der Energiepreise für Transport (Benzin, Diesel) in den letzten 12 Monaten



45 Prozent der Unternehmen in Hessen prognostizieren, dass die anhaltend hohen Energiepreise zu einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit ihres Standorts in Deutschland führen werden. Bei 30 Prozent der Unternehmen wird die Zukunftsfähigkeit konkret durch die Notwendigkeit beeinträchtigt, Investitionen in wesentliche Kernprozesse auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Zudem ist der erforderliche Eigenkapitalanteil für Investitionen in vielen Unternehmen aufgrund der Krisen der letzten Jahre erschöpft, darunter Materialengpässe, unterbrochene Lieferketten, pandemiebedingte Einschränkungen und die Explosion der Energiekosten.

Auswirkungen der hohen Preise für Energie auf Investitionen



Transformationshemmnisse für mehr Klimaschutz

Fehlende Planbarkeit und Bürokratie bremsen die Transformation aus

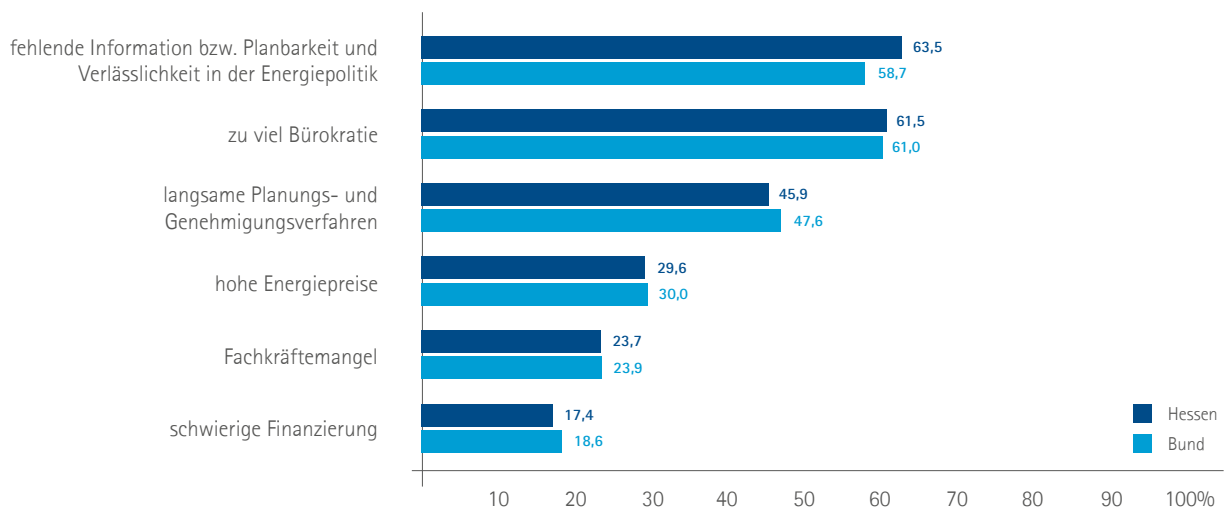
Unternehmen möchten die Transformation umsetzen, die Politik bremst sie aber aus. „Fehlende Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Energiepolitik“ werden von den Unternehmen als das vorrangige Transformationshemmnis identifiziert. Mehr als 63 Prozent der Unternehmen in Hessen geben an, dass sie sich durch diese Ungewissheiten stark ausgebremst fühlen. Die Unternehmen sehen sich zunehmend mit Vorgaben konfrontiert, die in der Praxis schwer umsetzbar sind. Zudem stehen sie vor Einsparzielen gemäß dem Energieeffizienzgesetz, deren Erreichung ohne Produktionsreduzierungen fraglich erscheint.

An zweiter Stelle der Hemmnisse wird „zu viel Bürokratie“ genannt, ein Aspekt, der von 61 Prozent der Unternehmen in Hessen als besonders problematisch angesehen wird.

Etwa 46 Prozent der Unternehmen sehen die „langsame Planungs- und Genehmigungsverfahren“ als Ursache für Verzögerungen bei ihren Vorhaben.

Zudem stellt die „schwierige Finanzierung“ ein wachsendes Transformationshindernis dar. Betroffen ist mittlerweile jedes sechste Unternehmen in Hessen, im Vorjahr war es lediglich jedes neunte Unternehmen.

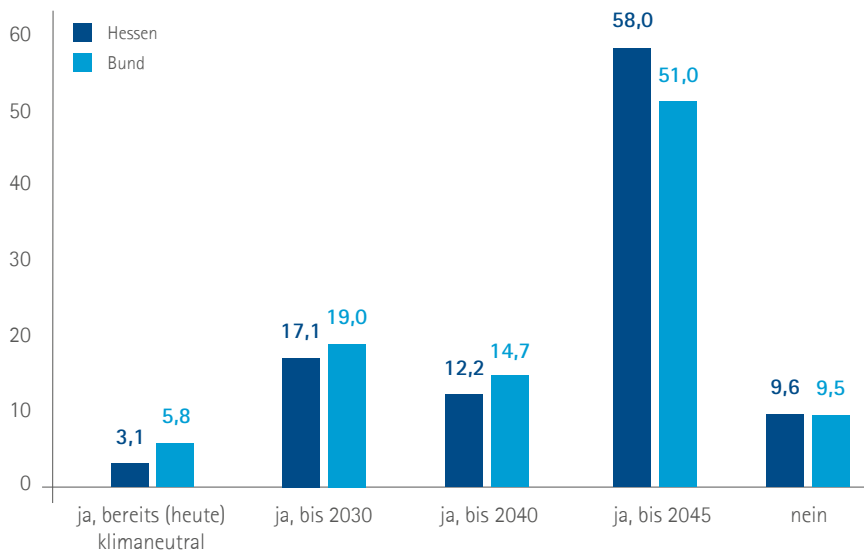
Die drei größten Hindernisse bei den Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz



Hessische Unternehmen haben sich zum Ziel gesetzt „klimaneutral“ zu werden

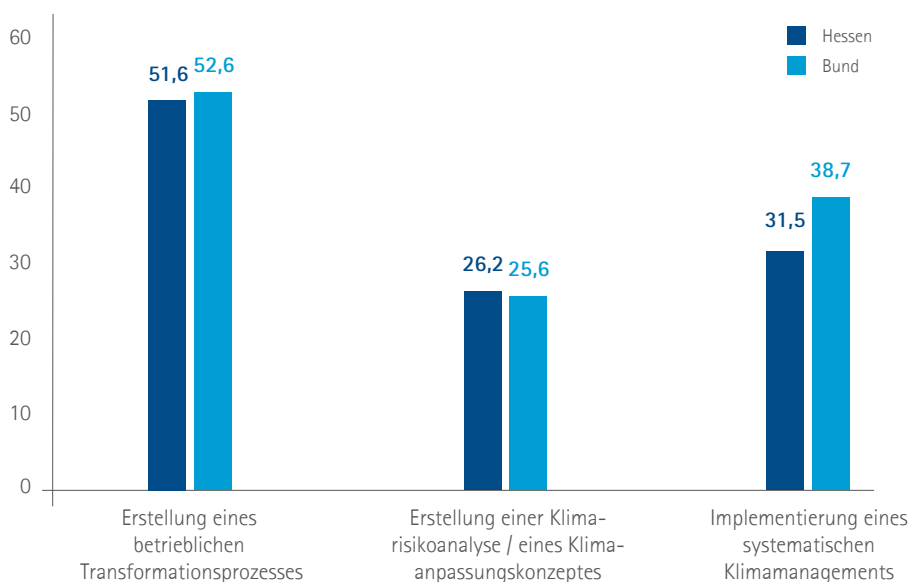
90 Prozent der Unternehmen in Hessen haben die Zielsetzung der Klimaneutralität in ihren Unternehmenszielen verankert. Erst 3 Prozent der Unternehmen in Hessen geben an, die Klimaneutralität erreicht zu haben, während der bundesweite Anteil fast doppelt so hoch ist.

Unternehmen haben sich zum Ziel gesetzt, klimaneutral zu werden



Um eine strategische Transformation hin zu mehr Klimaschutz zu ermöglichen, planen etwa 52 Prozent der Unternehmen die Erstellung eines betrieblichen Transformationskonzepts. Die Implementierung eines systematischen Klimamanagements ist bei fast einem Drittel der Unternehmen als konkrete Maßnahme vorgesehen. Ein Viertel der Unternehmen plant die Durchführung einer Klimarisikoanalyse oder die Entwicklung eines Klimaanpassungskonzepts.

Inwieweit planen Unternehmen eine strategische Transformation zum Klimaschutz (Mehrfachnennung)

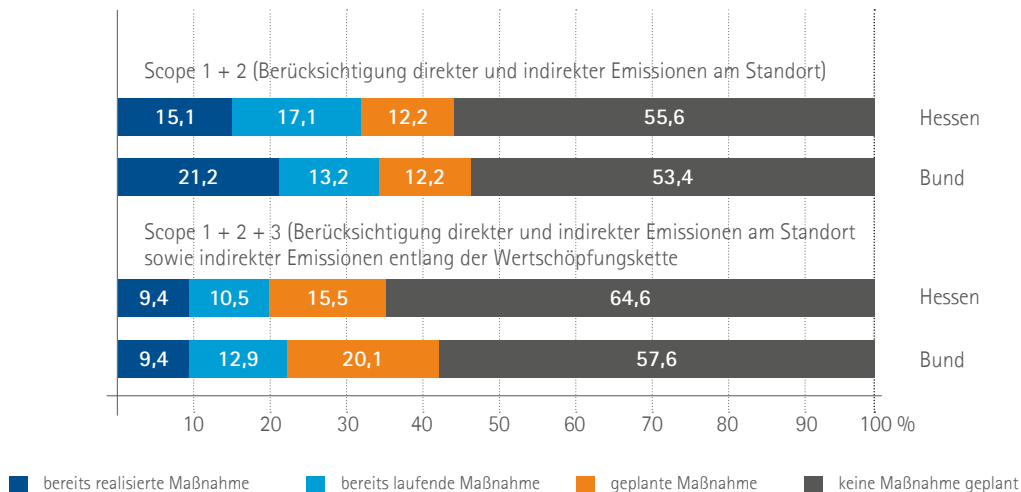


Die Ermittlung der Treibhausgasemissionen des Unternehmens dient dabei als erste Standortbestimmung. Durch die CO₂-Unternehmensbilanz, die sowohl direkte Emissionen am Standort (Scope 1) als auch indirekte Emissionen aus dem Bezug von Strom, Dampf und Fernwärme (Scope 2) sowie relevante Anteile entlang der vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette (Scope 3) umfasst, können die größten Verursacher identifiziert werden. Auf diese Weise lassen sich auch die wirksamsten Hebel zur Verbesserung der Klimabilanz erkennen.

Erläuterung:

- **Scope 1** umfasst die direkten Emissionen am Standort, insbesondere den Einsatz von Heiz-, Brenn- und Kraftstoffen.
- **Scope 2** erfasst die indirekten Emissionen aus dem Bezug von extern erzeugtem Strom, Dampf und Fernwärme.
- **Scope 3** berücksichtigt die indirekten Emissionen entlang der vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette, beispielsweise aus eingekauften Waren, Dienstleistungen, Dienstreisen, Pendlerverkehren und Logistik.

Berechnung der eigenen Klimabilanz nach einem anerkannten Standard unter Berücksichtigung von:

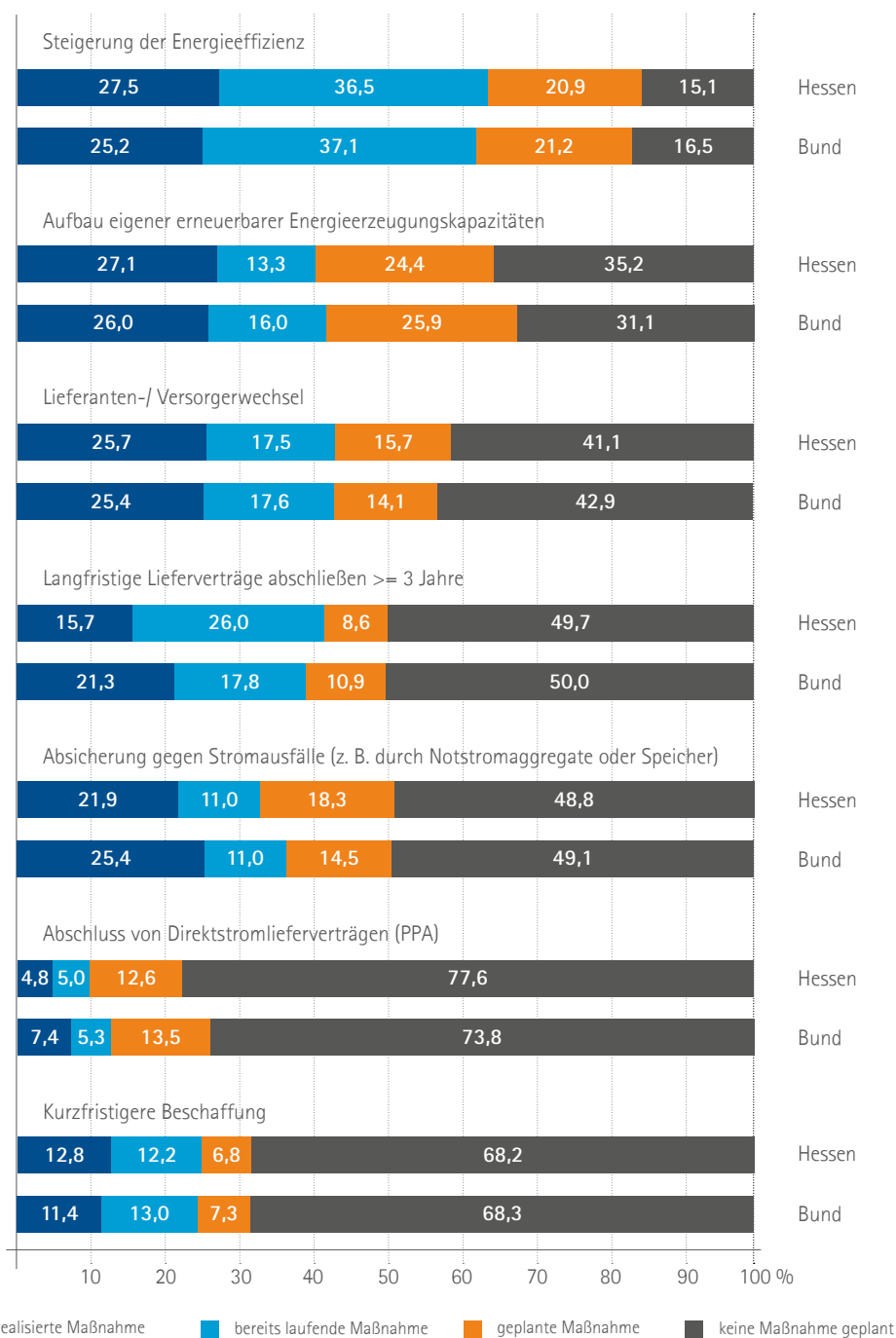


Mehr als 30 Prozent der Unternehmen in Hessen haben bereits eine CO₂-Bilanzierung gemäß Scope 1 und 2 erstellt oder befinden sich aktuell in diesem Prozess. Zudem haben 20 Prozent der Unternehmen die Bilanzierung auf Scope 3, also auf die vor- und nachgelagerten Prozesse, ausgeweitet.

Hessische Unternehmen engagieren sich vielfältig bei Energiewende und Klimaschutz

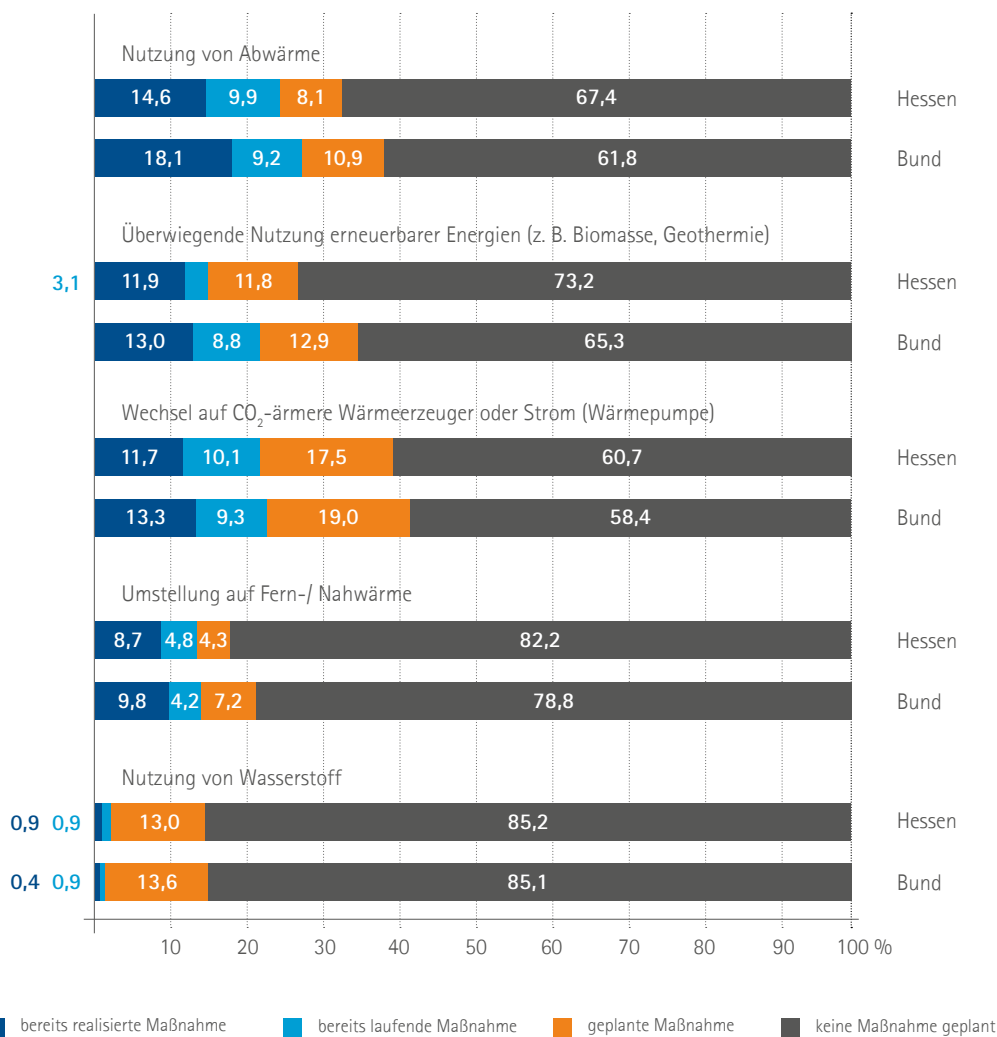
Neben organisatorischen Maßnahmen im Bereich von Lieferverträgen und dem Energieeinkauf zählen zu den Reaktionen der Unternehmen insbesondere die Steigerung der Energieeffizienz, innerbetriebliche Anpassungen, Investitionen in den Aufbau eigener Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energien, die Umstellung auf CO₂-ärmere Wärmeerzeugung, die Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmebereich (z. B. Biomasse, Geothermie) sowie die Anschaffung von Elektrofahrzeugen.

Interne Maßnahmen angesichts der Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik im Bereich Energieversorgung

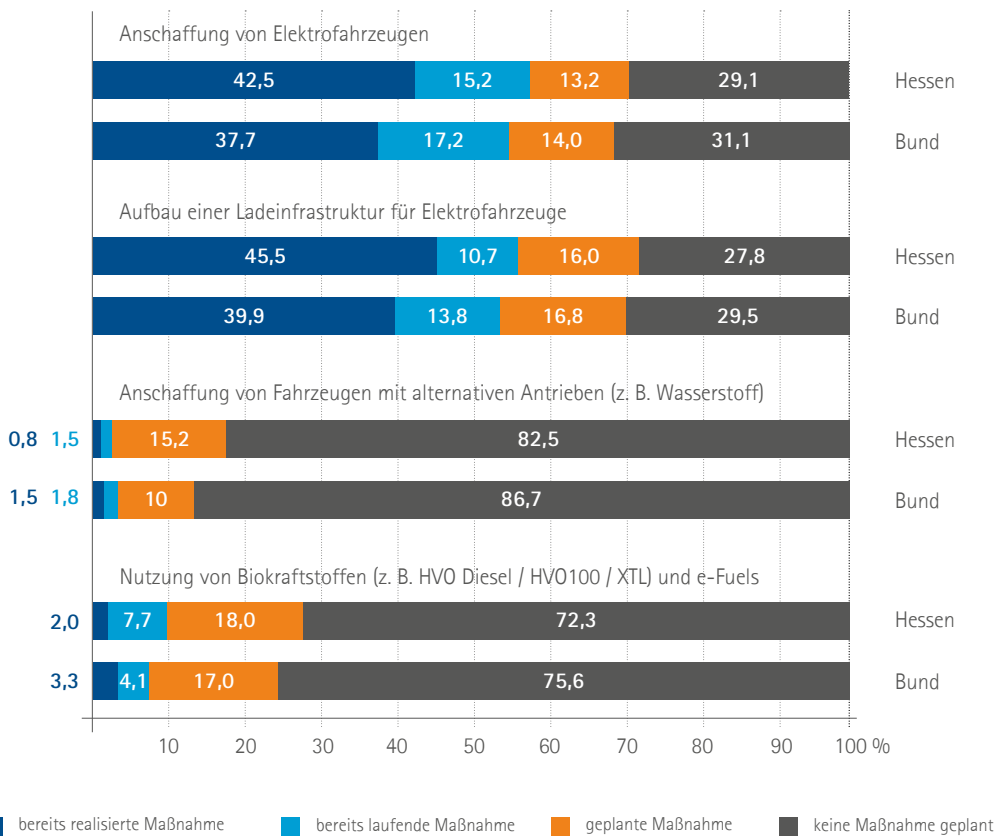


Die Steigerung der Energieeffizienz nimmt dabei mit 84 Prozent den höchsten Stellenwert unter den hessischen Unternehmen ein. Bereits 27,5 Prozent der Unternehmen in Hessen haben entsprechende Maßnahmen umgesetzt, 36,5 Prozent befinden sich aktuell in der Umsetzung, und weitere 20,9 Prozent planen solche Maßnahmen. Darüber hinaus haben 27 Prozent der Unternehmen in Hessen bereits eigene Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energien aufgebaut, während 13 Prozent sich derzeit in der Umsetzungsphase befinden. Weitere 25 Prozent der Unternehmen planen entsprechende Maßnahmen.

Interne Maßnahmen angesichts der Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik im Bereich Wärme



Interne Maßnahmen angesichts der Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik im Bereich Mobilität



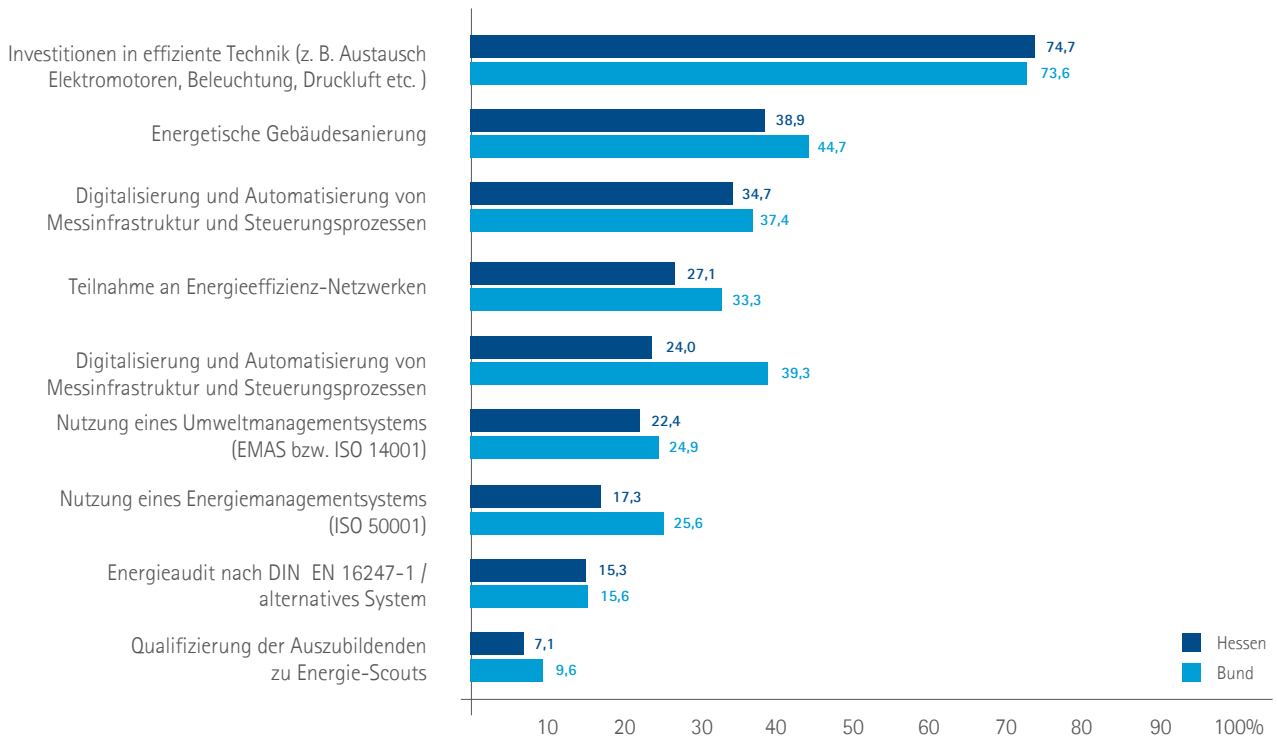
Steigerung der Energieeffizienz bleibt wichtigste Maßnahme

Angesichts stetig steigender Strom- und Energiepreise bleiben Energieeffizienzmaßnahmen der wichtigste Hebel, um die Standortkosten zu senken und die Produktion im Inland aufrechtzuerhalten. Der am Markt verfügbare Grünstrom reicht bei weitem nicht aus, um den Bedarf zu decken, und für Hochtemperatur-Wärmeprozesse befinden sich Umstiegsoptionen auf klimaneutralen Wasserstoff bundesweit noch im Forschungs- und Entwicklungsstadium.

Etwa 75 Prozent der Unternehmen investieren in effiziente Technik. 39 Prozent der Unternehmen in Hessen ergreifen Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung, was im Bundesdurchschnitt um fast 6 Prozentpunkte übertroffen wird.

Die größte Diskrepanz zwischen hessischen Unternehmen und dem Bundesdurchschnitt zeigt sich bei den Maßnahmen zur Digitalisierung und Automatisierung von Messinfrastruktur und Steuerungsprozessen. Während der Bundesdurchschnitt stabil bei 39 Prozent liegt, ist der Anteil der hessischen Unternehmen, die solche Maßnahmen ergreifen, von 32,6 Prozent im Vorjahr um 15 Prozentpunkte auf 24 Prozent gesunken. Gründe für diesen Rückgang liegen uns nicht vor.

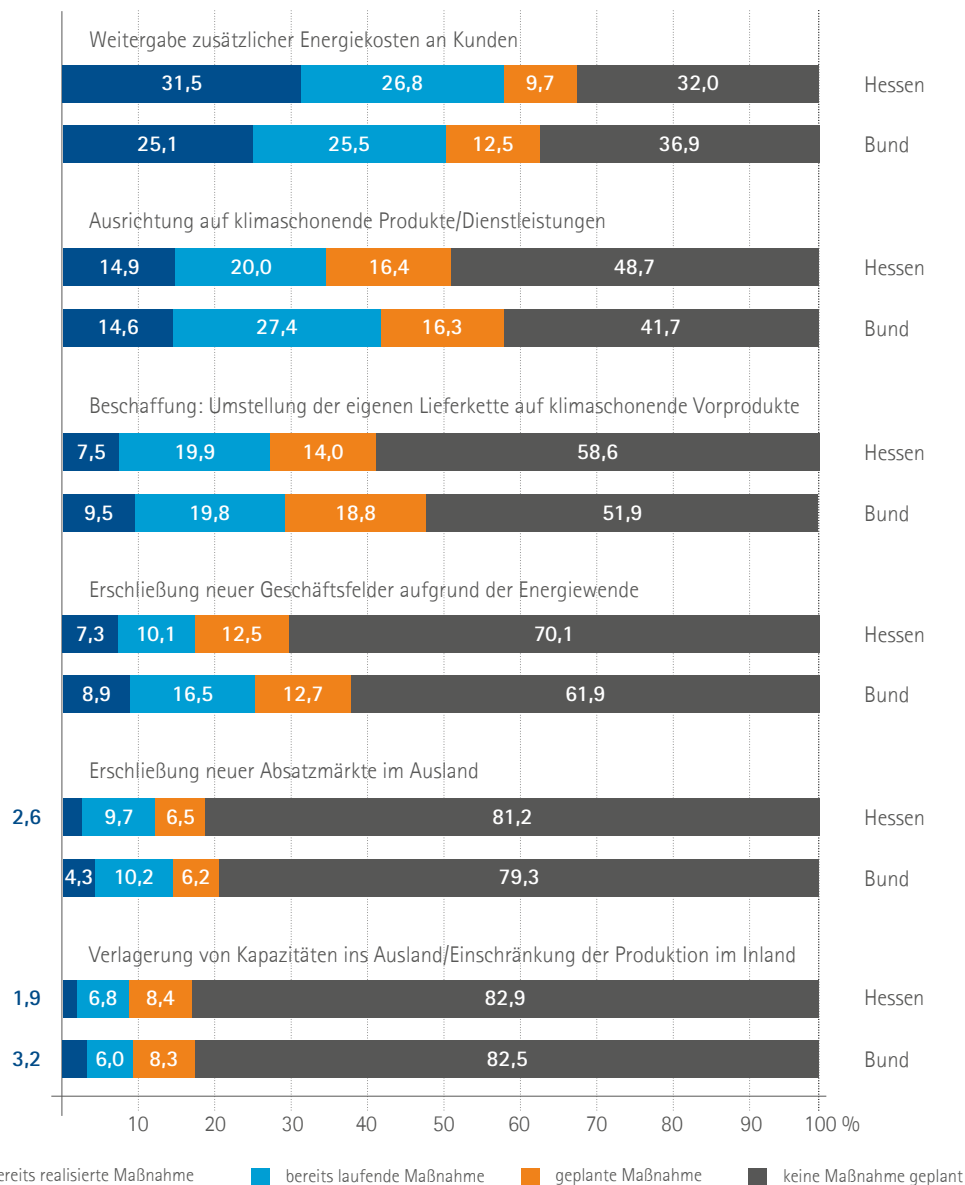
Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz im Unternehmen (Mehrfachnennung)



Kostenweitergabe und Verlagerung der Produktion als letzte Option

Darüber hinaus werden zunehmend Maßnahmen erforderlich, die über die innerbetriebliche Optimierung hinausgehen und sowohl Kunden als auch Lieferanten einbeziehen. Dazu zählen die Erschließung neuer Geschäftsfelder, die Ausrichtung des Unternehmens auf klimaschonende Produkte und Dienstleistungen sowie die Umstellung der eigenen Lieferkette auf klimaschonende Vorprodukte.

Maßnahmen mit Außenwirkung



Sollte all dies nicht ausreichen, bleibt als letzte Option die Weitergabe der zusätzlichen Energiekosten an die Kunden. Unverändert gegenüber dem Vorjahr geben rund 68 Prozent der Unternehmen an, dass sie gezwungen sind, diese zusätzlichen Kosten an ihre Kunden weiterzugeben. Ein knappes Drittel der Unternehmen hat dies bereits umgesetzt, ein Viertel befindet sich aktuell in der Umsetzung, und weitere 10 Prozent planen entsprechende Maßnahmen.

Falls eine Weitergabe der Kosten nicht möglich ist, beispielsweise aufgrund langfristiger Kunden-Lieferverträge mit Preisbindungen, bleibt als letzter Schritt die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland.

Obwohl der Anteil der Unternehmen, die sich mit der Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland oder der Einschränkung der Produktion im Inland beschäftigen, auf den ersten Blick gering erscheint, hat eine solche Entscheidung weitreichende Folgen für den Wirtschaftsstandort, da dies hauptsächlich Unternehmen des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes betrifft („Deindustrialisierung“). Knapp 5 Prozent der Industrie-Unternehmen haben ihre Produktion bereits verlagert, weitere 17,5 Prozent haben solche Maßnahmen eingeleitet, und 19,0 Prozent der Unternehmen in Hessen planen dies. Insgesamt sind es mehr als 40 Prozent der Industriebetriebe in Hessen, die die Verlagerung der Produktion ins Ausland / Einschränkung der Produktion im Inland verfolgen!

Dies führt zu einem Verlust von Arbeitsplätzen in Hessen, was wiederum negative Auswirkungen auf die Bruttowertschöpfung und die Steuereinnahmen hat.

Fazit

Erhebliche Preissteigerungen für Energie gefährden zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Der Ausbau erneuerbarer Energien schreitet nur schleppend voran, und Hessen bleibt wie kein anderes Flächenland auf Energieimporte angewiesen. Dies geschieht vor dem Hintergrund eines gleichzeitig wachsenden Strombedarfs, insbesondere durch den verstärkten Einsatz von Wärmepumpen und Elektromobilität, um den Verbrauch fossiler Heiz- und Kraftstoffe zu reduzieren. Unverändert im Vergleich zum Vorjahr geben rund 68 Prozent der Unternehmen an, dass sie gezwungen sind, die zusätzlichen Energiekosten an ihre Kunden weiterzugeben.

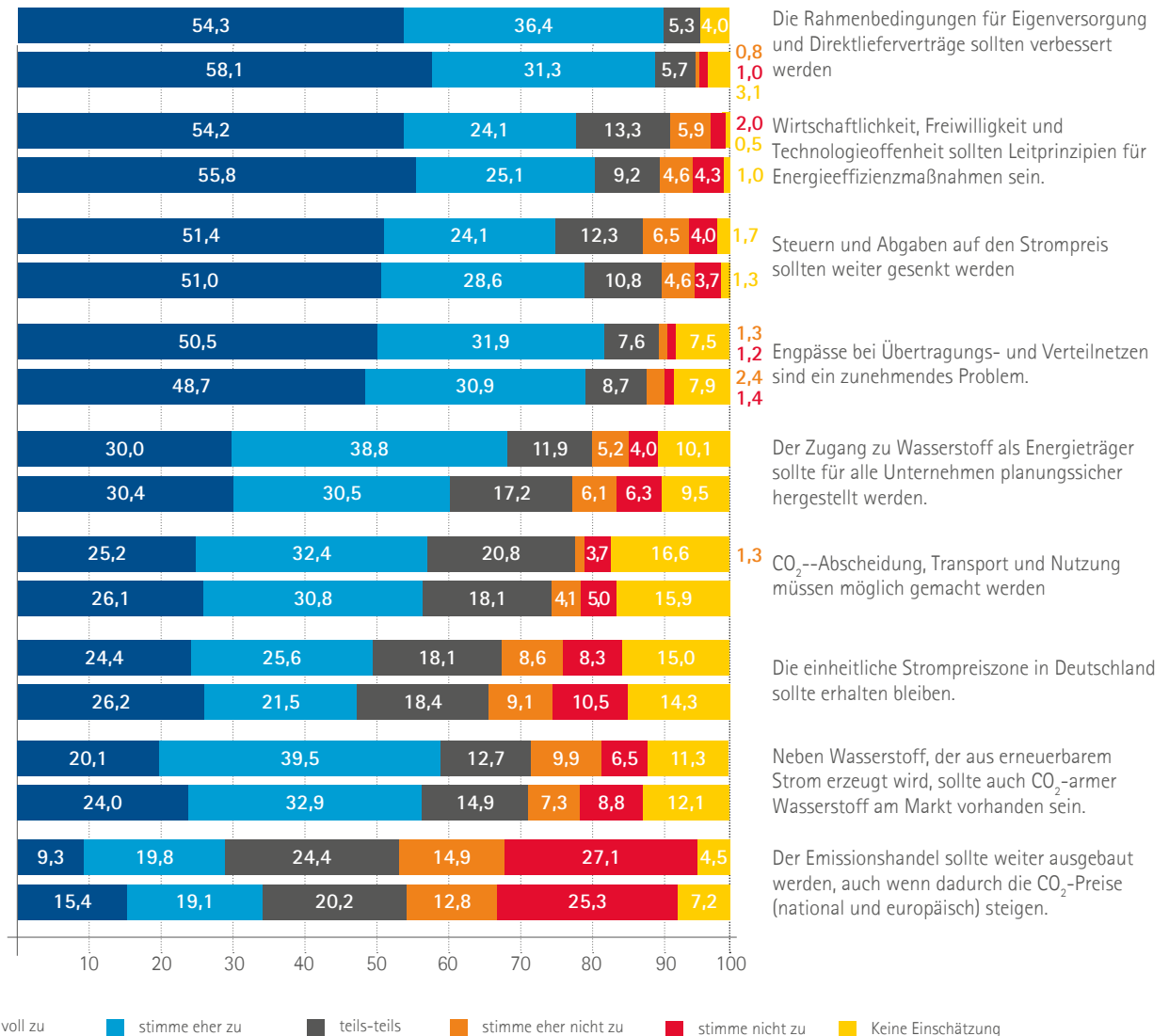
Ein nicht zu unterschätzender Trend ist die seit Jahren anhaltende schrittweise Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland oder die Einschränkung der Produktion im Inland. Bei Unternehmen mit ausländischen Produktionsstandorten stellt die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland oft die letzte Option dar, bevor eine vollständige Standort-schließung erfolgt. Bereits knapp 2 Prozent der Unternehmen haben entsprechende Maßnahmen realisiert, weitere knapp 7 Prozent haben diese eingeleitet, und 8 Prozent der Unternehmen in Hessen planen entsprechende Schritte. Insgesamt sind es mehr als 40 Prozent der Industriebetriebe in Hessen, die die Verlagerung der Produktion ins Ausland / Einschränkung der Produktion im Inland verfolgen!

Die Auswirkungen dieser Verlagerungen sind weitreichend, da sie unweigerlich mit dem Verlust von Arbeitsplätzen, sinkender Bruttowertschöpfung und geringeren Steuereinnahmen einhergehen.

Die Politik ist gefordert, Strategien zu entwickeln, um den prognostizierten Anstieg des Strombedarfs – der sich voraussichtlich verdreifachen wird – zu decken. Dies muss zu wettbewerbsfähigen Preisen geschehen, und es müssen ausreichende Mengen an Wasserstoff bereitgestellt werden, um die Zukunftsfähigkeit des Landes Hessen zu sichern.

Empfehlungen der hessischen Wirtschaft an die Landes- und Bundespolitik

Forderungen an die Politik, um Energiewende und Klimaschutz sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten



1. Verbesserung der Rahmenbedingungen für Eigenversorgung und Direktlieferverträge:

90 Prozent der Unternehmen in Hessen fordern eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Eigenversorgungsanlagen und Direktlieferverträge (Strom). Um den Anteil von Grünstrom zu erhöhen, sind Eigenversorgungsanlagen, wie Photovoltaikanlagen, sowie Direktstromlieferverträge, beispielsweise für den Bezug von Grünstrom aus Windkraftanlagen, für viele Unternehmen zentrale Bausteine. Allerdings bestehen noch zahlreiche bürokratische und regulatorische Hürden. Die IHK-Organisation setzt sich durch Informationsveranstaltungen dafür ein, die Möglichkeiten von Direktstromlieferverträgen, sogenannten PPA's (Power Purchase Agreements), bekannter zu machen.

2. Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen beibehalten:

Knapp 80 Prozent der Unternehmen plädieren für die Beibehaltung von Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit als Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen, anstelle eines verpflichtenden Energieeffizienzgesetzes. Energieeffizienz, insbesondere Investitionen in energieeffiziente Technik, wird bereits seit vielen Jahren von mehr als 75 Prozent der Unternehmen als wichtiges Instrument genutzt.

3. Senkung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis:

Mehr als drei Viertel der Unternehmen sprechen sich für eine Senkung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis aus. Langfristig verfestigen sich die Strompreise im internationalen Vergleich auf einem hohen Niveau. Insbesondere die stetig steigenden Stromnetzentgelte sollten beispielsweise durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt gesenkt werden.

4. Engpässe bei Übertragungs- und Verteilnetzen vermeiden:

Über 80 Prozent der Unternehmen in Hessen nehmen die Engpässe bei Übertragungs- und Verteilnetzen (Strom) als zunehmendes Problem wahr. Mit der fortschreitenden Elektrifizierung der Mobilität werden diese Engpässe immer offensichtlicher. Bereits heute gibt es Gebiete, in denen der jeweilige Versorger den Anschluss und die Errichtung von Ladepunkten nicht realisieren kann, da das Netz die zusätzliche Belastung nicht „aushält“. Intelligente, kommunizierende und regelbare Ladesäulen sowie sogenannte „Wallboxen“ können das Netz lediglich vor Überlastung schützen, indem sie die Ladeleistung auf ein netzverträgliches Maß reduzieren.

5. Planungssicherheit beim Zugang zu Wasserstoff:

Mehr als zwei Drittel der Unternehmen in Hessen fordern eine planungssichere Bereitstellung von Wasserstoff als Energieträger für alle Unternehmen. Bereits heute prüfen sehr energieintensive Unternehmen, welche technischen Maßnahmen für eine mögliche Umstellung von Erdgas auf Wasserstoff erforderlich wären, einschließlich der Umrüstung von Anlagen sowie der Anpassung der Lieferketten. Zudem entwickeln einige mittelständische Betriebe bereits wasserstofftaugliche Produkte, wie Leitungen und Tanks.

6. Verfügbarkeit von CO₂-armem Wasserstoff

Rund 60 Prozent der Unternehmen sprechen sich dafür aus, dass neben Wasserstoff, der aus erneuerbarem Strom erzeugt wird, auch CO₂-armer Wasserstoff am Markt verfügbar sein sollte. Dies ist entscheidend, um ausreichende Mengen an Wasserstoff bereitzustellen und einen schnellen Markthochlauf zu gewährleisten.

7. CO₂-Abscheidung, Transport und Nutzung (CCU):

Mehr als die Hälfte (57 Prozent) der Unternehmen befürworten die Ermöglichung von CO₂-Abscheidung, Transport und Nutzung (CCU, Carbon Capture and Utilization). Nachdem das Thema CO₂-Abscheidung und -Nutzung in Deutschland über Jahre hinweg nicht diskutiert werden konnte, hat die Bundesregierung im Mai 2024 die Reglementierung aufgehoben und Eckpunkte für eine sogenannte Carbon-Management-Strategie vorgelegt. Insbesondere in Hessen gibt es durch das natürliche Vorkommen von Basaltgestein eine gute Ausgangslage, um CO₂ dauerhaft und gefahrlos in Karbonaten zu speichern. Hierfür sind jedoch weitere Forschungsarbeiten, insbesondere für ein modifiziertes Carbfix-Verfahren, erforderlich.

8. Erhalt der einheitlichen Stromgebotszone Deutschland:

50 Prozent der Unternehmen in Hessen stimmen voll oder eher zu, dass die einheitliche Stromgebotszone Deutschland erhalten bleiben sollte. Der bundesweite Durchschnitt liegt mit 47,7 Prozent nur knapp darunter.

9. Ausbau des Emissionshandels:

Weniger als ein Drittel (30 Prozent) der Unternehmen sind der Meinung, dass der Emissionshandel weiter ausgebaut werden sollte, selbst wenn dies zu einem Anstieg der CO₂-Preise auf nationaler und europäischer Ebene führt.



Hessischer Industrie-
und Handelskammertag

Impressum

Herausgeber

Hessischer Industrie- und Handelskammertag (HIHK) e. V.

Karl-Glässing-Straße 8

65183 Wiesbaden

☎ 0611 360 115-0

@ info@hihk.de

🌐 www.hihk.de

Fachliche Verantwortung

Lisa Schäfer

Leiterin Grundsatzreferat und Federführung

Energie | Umwelt | Klimaschutz | Nachhaltigkeit | Innovation

☎ +4902771 842-1500

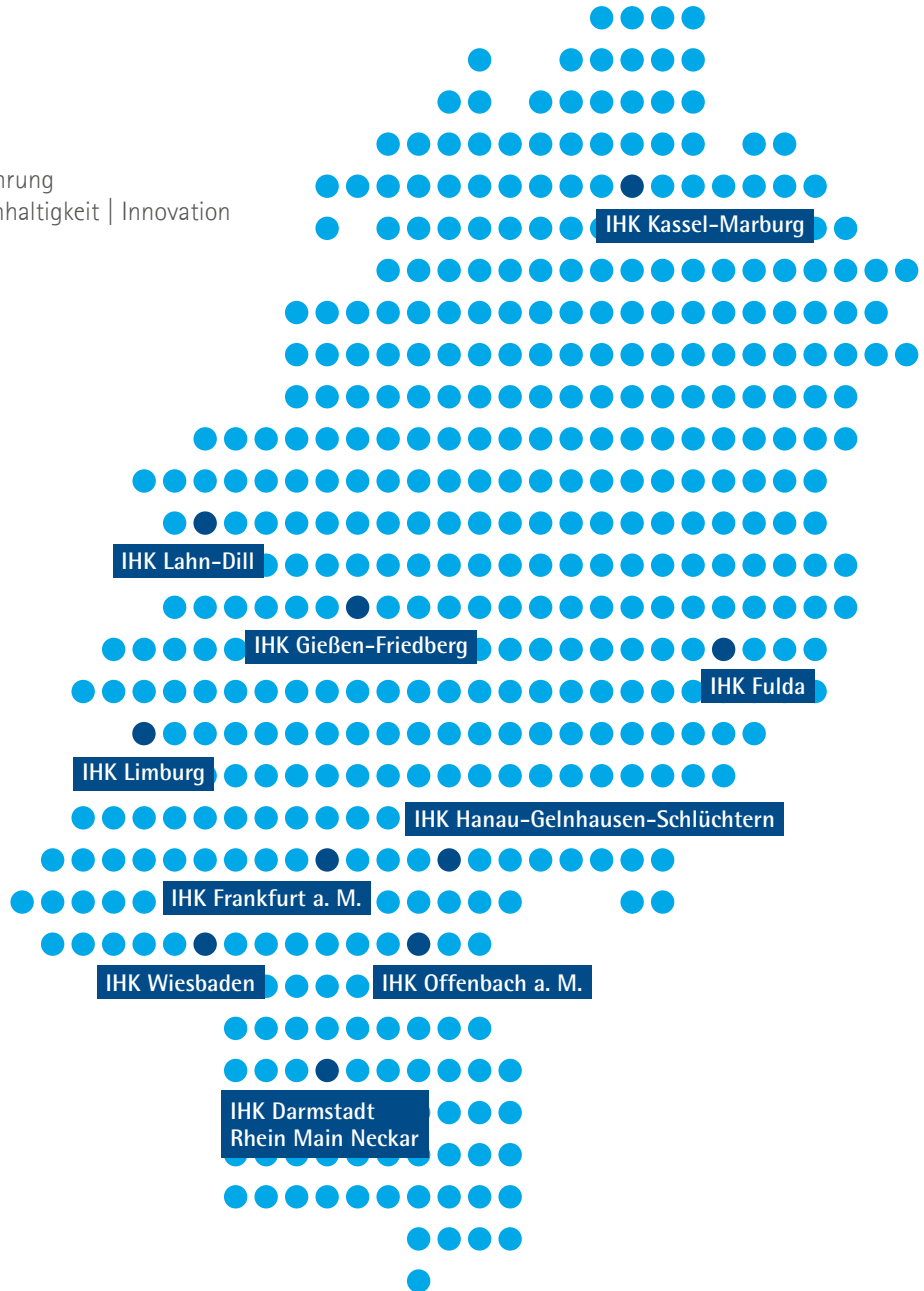
@ schaefer@lahndill.ihk.de

Bildnachweis

Jiri Částka - Adobe Stock

Stand

September 2024



Über den Hessischen Industrie- und Handelskammertag

Gemeinsam für Hessens Wirtschaft: Der Hessische Industrie- und Handelskammertag (HIHK) koordiniert die landespolitischen Aktivitäten der zehn hessischen IHKs. Als Sprachrohr der gewerblichen Wirtschaft in Hessen vertreten wir die Interessen von rund 400.000 Mitgliedsunternehmen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Mit engen Kontakten zur Landesregierung, dem Landtag, den Medien sowie allen wichtigen Akteuren auf Landesebene wollen wir einen Beitrag leisten, damit die Standpunkte der hessischen Wirtschaft Gehör finden und auch in der öffentlichen Wahrnehmung zur Geltung kommen. Dabei ist das Gesamtinteresse der Wirtschaft der Maßstab unserer Arbeit.